

## **Das Weltgeschehen zur Jahrtausendwende 1999 bis 2001 – ein Überblick**

Die Jahrtausendwende wurde weltpolitisch von mehreren dominierenden Entwicklungen und herausragenden Ereignissen gekennzeichnet. Die bestimmenden Entwicklungen waren schon zuvor wirksam, kulminierten aber in einigen kritischen Höhepunkten:

**Erstens** ist eine beiderseitige Rückwende Russlands und Chinas zu einer Art „Entente cordiale“, einer politischen Verständigung gegenüber der singulären amerikanischen Weltmacht in Asien und im Westpazifik im Zeichen der in Moskau wie in Peking geforderten „Multipolarität“ der globalen Machtverteilung mit Russland und China als gleichwertigen Großmächten im Verhältnis zu den USA zu beobachten. Damit soll in Moskau wie in Peking, aber auch in Pariser Weltsicht einer „Suprematie“ der „Hypermacht“ Amerika – so der französische Außenminister Hubert Vedrine – und somit einem in diesen Hauptstädten wahrgenommenen „amerikanischen Hegemonismus“ entgegengewirkt werden. Dieses Thema wurde in der Folge der deklaratorischen Politik Russlands und Chinas wie der Frankreichs, aber auch Indiens und natürlich – wiewohl rhetorisch etwas abgeschwächt – des Iran in das Zentrum des politischen Diskurses über die internationalen Beziehungen und die globale Sicherheit gerückt. Es wurde im Frühjahr 2001 zum zweiten Mal nach dem Kosovo-Krieg der atlantischen Allianz vom Frühjahr 1999 unter amerikanischer Führung zum Leitmotiv aller Opposition gegen die USA und aller Kritik an der amerikanischen Außen-, Sicherheits- und Handelspolitik, auch in anderen Ländern Europas und Asiens.

**Zweitens** differenzieren sich die Interessen der Golfkriegsverbündeten von 1990/91 zunehmend und die internationale Solidarität mit den USA im Umgang mit dem Irak und dem Iran schwindet bei wachsender Opposition gegen die amerikanische Strategie des „dual containment“, der doppelten Eindämmung beider großen mittelöstlichen Länder, und gegen die Sanktionspolitik. Diese Entwicklung stand in einem bemerkenswerten Gegensatz zur Verhärtung des persönlichen totalitären Regimes Saddam Husseins über sein Land und zur wieder beginnenden Aufrüstung des Irak auch im Bereich der Entwicklung von Massenvernichtungsmitteln und weiterreichender Flugkörpertechnologie trotz des von den Vereinten Nationen verhängten Embargos. Beide Entwicklungen addierten sich zu einer Schwächung der internationalen Sicherheit in der Golfregion, der politischen Stellung der USA als regionsfremder, strategisch dominierender Großmacht gegenüber Irak und Iran, des amerikanischen Einflusses auf den gesamten Mittleren Osten, aber auch der Wirksamkeit der UNO seit ihrem politischen Erfolg von 1991 als Ordnungsmacht. China und Russland wurden davon nicht betroffen, auch wenn sie noch nicht eindeutig Nutzen aus dieser Veränderung ziehen konnten. Jedenfalls war aber die amerikanische Strategie der Ausschließung und Fernhaltung russischen und chinesischen Einflusses auf den Mittleren Osten zur Abschirmung amerikanischer Stabilisierungspolitik auf der arabischen Seite des Golfs und amerikanischer Vermittlung zwischen Israel und dessen arabischen Nachbarn geschwächt, ja zum ersten Mal seit dem halben Sieg über Saddam Hussein vor zehn Jahren infrage gestellt, wie in den arabischen und selbst in den türkischen Reaktionen deutlich wurde. In der Türkei wuchs der Widerstand gegen die Embargopolitik, unter der auch die türkische Wirtschaft seit 1990/91 wegen der Handels- und Verkehrsminderung litt, die aber mit der politischen Isolierung des Irak und des Iran auch die türkische Nachbarschaftspolitik im Verhältnis zu beiden Ländern, insbesondere gegenüber den kurdischen Separatisten, behinderte. Die wiederholten Einfälle und Luftangriffe der türkischen Armee auf das Kurdengebiet im Nordirak zur Dezimierung der PKK-Partisanen erschienen in Ankara schon seit Jahren als eine unnötige Belastung, die von den UN-Waffenstillstandsbedingungen von 1991 mit der auferlegten Beschränkung der

territorialen Souveränität des Irak zum Schutze der Kurden erzwungen würde: Die damit den Kurden im Nordirak gewährte und abgeschirmte Sicherheit gegenüber Bagdad käme auch der türkischen PKK für ihre Logistik gegen die Türkei zugute. Da der amerikanische Hauptverbündete der Türkei die treibende Kraft hinter der Sanktionspolitik der Vereinten Nationen war (und ist), richtete sich die Kritik vor allem an die Adresse Washingtons. So wurden auch die Beziehungen zwischen der Türkei und den USA in Mitleidenschaft gezogen. Auch diese Spannung lastet(e) inzwischen auf der politischen Position der USA im Orient.

**Drittens** erstarkt seit Jahren wieder der russische Machtwille mit dem Ziel, die verlorene Großmachtstellung in Europa wie in Asien wiederzugewinnen und den USA als ebenbürtig gegenüberzutreten. Diese russische Selbstversicherung mit dem regierenden neo-imperialen Nationalpatriotismus in Moskau entsprach der chinesischen, zwar in Konkurrenz und mit politischen Kontrapunkten der nationalen Interessenbestimmung, etwa gegenüber Indien oder Japan, den Ländern und Energiequellen Zentralasiens, aber parallel gegenüber Amerika auf einer Linie der strategischen Defensive mit der Ambition, verlorene Vorfelder und Einflusszonen wiederzugewinnen: im russischen Fall in Zentralasien, in Weißrussland, in der Ukraine, in Georgien, Armenien und Aserbaidshan, im Iran und im Irak, in Syrien und im Jemen, schließlich als einer erklärten Priorität russischer Asienpolitik im Hinblick auf Indien, Vietnam und China.

Die russische Selbstbehauptung als unabhängige Großmacht mit dem Versuch einer zumindest partiellen Reintegration des „ehemals sowjetischen Raumes“ trotz der unleugbaren kritischen Abhängigkeit von westlichen Krediten, Handelsbeziehungen und Investitionen war schon seit Mitte der neunziger Jahre während der zweiten Präsidentschaft Boris Jelzins deutlich geworden. Der zweite Tschetschenienfeldzug zur Liquidierung des noch immer regen bewaffneten Widerstands der muslimischen Separatisten fügte sich früh im Jahr 2000 sowohl in diese Politik der „Re-Integration“ (wie Jelzin schon 1993 formuliert hatte) als auch in die Wahlkampfsituation, in der Jelzins letzter Premierminister Wladimir Putin sich gegen eine Reihe von bekannteren Oppositionskandidaten wie den Oberbürgermeister von Moskau und Chef der Groß-Moskauer Regionalregierung Luschkow, den ehemaligen Premier- und Außenminister Primakow oder den ehemaligen Sekretär des Sicherheitsrates, General Lebed, zu behaupten hatte, um die Nachfolge des Präsidenten anzutreten. Putin entschied die Wahl von vornherein für sich, indem er sich dem russischen Volk nicht nur als Vorkämpfer einer Restauration „starken Staates“ mit einer „Diktatur des Gesetzes“, wie er sagte, sondern auch als der Verteidiger der „Russländischen Föderation“ gegen „Separatismus“ und als Garant der inneren Sicherheit gegen „Terrorismus und Gewaltkriminalität“ präsentierte. Die Terroranschläge in Moskau gegen große Wohnhäuser mit zahlreichen Todesopfern unter den Bewohnern, die nie aufgeklärt, aber von der Polizei und der Regierung „tschetschenischen Terroristen“ zugeschrieben wurden, was in der Wahrnehmung der russischen Bevölkerung plausibel schien, gaben einen hinreichenden Grund für die politische Rechtfertigung eines harten Durchgreifens in Tschetschenien und damit einer massiven militärischen Gewaltanwendung gegen dessen Bevölkerung. Der Versuch tschetschenischer Rebellen, ihren bewaffneten Aufstand mit Waffengewalt auf die benachbarte „autonome Republik“ Dagestan im russischen Nordkaukasus auszudehnen, und die grassierende Unsicherheit in den westlichen Nachbarrepubliken Inguschetien, Kabardino-Balkarien und Nordossetien ergaben das Bild einer gefährlichen Ausbreitung des tschetschenischen Brandes über den ganzen Nordkaukasus, damit einer Gefährdung der dort ansässigen russischen Bevölkerung und der Sicherheit der Russländischen Föderation. Der amtierende Präsident konnte dieses Bild einer akuten Bedrohung für seinen Wahlkampf nutzen, zumal er sich bei den russischen Truppen in Tschetschenien zeigte und öffentlich die „Vernichtung“ der Separatisten und Terroristen ankündigte. So wurde Putin am 26. März 2000 mit großer Mehrheit zum Präsidenten gewählt. Damit war Jelzins Sylvester-Überraschungscoup vom 31. Dezember 1999 mit der plötzlichen

Ankündigung seines vorzeitigen Rücktritts und der Übergabe der Präsidialgewalt an den bisherigen Premierminister Putin als amtierenden Präsidenten (nach einem „do ut des“-Geschäft der Zusicherung von Strafverfolgungsfreiheit für Jelzin und dessen Familie) gelungen. Die damit verbundene Vorverlegung der Präsidentenwahl begünstigte den amtierenden Präsidenten gegenüber allen anderen Kandidaten, denen die Zeit für die Wahlvorbereitungen mangelte.

Putin ließ weder vor noch nach seiner Wahl den geringsten Zweifel an seiner Entschlossenheit, die verlorene Größe Russlands und dessen imperiale Statur in der Weltpolitik wiederzugewinnen, auch im militärischen Bereich und durch eine Fortsetzung der nuklearen Rüstung im Rahmen der russischen Möglichkeiten, in einem verringerten Umfang, aber auf der Höhe der Zeit mit der jeweils modernsten verfügbaren Waffentechnik bei gegenseitiger Rüstungskontrolle mit den USA samt Konsolidierung der konventionellen Streitkräfte für mehr operative Flexibilität, Reichweite und Durchhaltefähigkeit in längeren Auslandseinsätzen russischer Truppen. Damit verbunden war der Moskauer Anspruch, gleichwertig an allen Militäraktionen der NATO im Dienste der internationalen Sicherheit beteiligt zu werden, also auch über die Ziele und Pläne der Nato-Partner mitzubestimmen – die alte russische Forderung eines „droit de regard“ in diesem Bereich. Man plante eine Erneuerung der russischen Flotte mit dem Ziel, die Seemacht wiederherzustellen und global beweglich zu machen, also den USA nicht die Exklusivität maritimer Machtentfaltung weltweit zu überlassen. In dieser Hinsicht war die Explosion in dem Unterseekreuzer „Kursk“ im Juli 2000 mit dem Verlust des Schiffs und seiner Mannschaft mehr als nur ein empfindlicher Rückschlag für die russische Marine und die russische Rüstung – es handelte sich dabei auch um einen kritischen Optionsverlust für die maritime Strategie und für die russische Außenpolitik, der die Flotte nach Putins erklärter Konzeption wie nach der russischen Militärdoktrin 2000 als weltweit einsatzfähiges Instrument in überseeischen Krisen und Konflikten dienen soll. Putin überstand die innenpolitische Krise nach dem Untergang der „Kursk“ trotz scharfer Kritik an seinem Verhalten und am Mangel politischer Kontrolle über die Operationen der Flotte, dazu an den krassen Mängeln der Seenotrettung und allgemein der staatlichen Katastrophenhilfe. Er konnte das Versagen an der Spitze – wie seinerzeit Gorbatschow nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl und Jelzin nach dem ersten Misserfolg des von ihm im Dezember 1994 befohlenen Großangriffs gegen die tschetschenische Hauptstadt Grozny – auf die Bürokratie ablenken und seinen persönlichen Prestigeverlust als Oberster Befehlshaber wieder wettmachen, weil er die einzige für die große Mehrheit der Wähler plausible Politik verkörperte und es zu ihm aktuell keine wählbare Alternative gab, zumal er die neuen Medien-, Industrie- und Finanzkonzerne, die das private Fernsehen kontrollieren, neben dem staatlichen für eine orchestrierte Propagandakampagne auf seiner Seite hatte. Dieses Beispiel einer mit Zustimmung der Wählermehrheit autoritär gelenkten, quasi-plebiszitären Demokratie fügte sich mit der konsequenten Repression der Rebellion in Tschetschenien als Abschreckung anderer Sezessionsversuche im Nordkaukasus oder in anderen Teilen der Russischen Föderation wie mit der Politik einer Stärkung der Zentralgewalt gegenüber den von Jelzin 1993 etablierten regionalen „Föderationssubjekten“ und deren gleichfalls vom Volk direkt gewählten Gouverneuren zusammen. In diesem Sinne wurde auch die zweite neue Militärdoktrin für die Russische Föderation, die „Militärdoktrin 2000“, für eine weitere „Übergangszeit“ der staatlichen und volkswirtschaftlichen „Transformation“ redigiert und regierungsamtlich interpretiert: Abwehr von „Separatismus, Terrorismus und religiösem (islamischem) Fundamentalismus“, nukleare Abschreckungskraft gegen äußere Bedrohungen durch andere Nuklearmächte und Bündnisse von Staaten mit einer Russland feindlichen Nuklearmacht, dazu eine Sicherheitskonzeption, die für Russland strategische Vorfelder mit dem Ziel einer vorverlagerten Vorwärtsverteidigung an seinen Grenzen und mitbestimmenden Einfluss auf die Sicherheit und Verteidigung benachbarter, ehemaliger Sowjetrepubliken beansprucht und zu diesem Zweck neue Verträge mit solchen

Staaten über gemeinsame Sicherheit, Verteidigung, Rüstung und Grenzsicherung zu schließen sucht. Dies gilt in Fortsetzung der Jelzinschen Reintegrationspolitik im „ehemals sowjetischen Raum“ (1993) besonders für Weißrussland, die Ukraine, Georgien, Armenien und die Staaten Zentralasiens.

Dabei verbinden sich ökonomische mit militärischen Interessen zu einem strategischen Komplex, den eine russische Einflussosphäre decken soll. In diesem Sinne sind die Aussagen des Militärdoktrintextes 2000 über den Schutz von verbündeten Staaten und über die Sicherheit russischer Streitkräfte, russischer strategischer Aufklärung und russischer Stützpunkte in anderen Ländern zu verstehen. Es ist deshalb nicht wesentlich, ob diese Konzeption samt der von ihr geleiteten Politik Russlands nach außen als „neo-imperial“ oder als „restaurativ“ bezeichnet wird. Um eine rein defensive territoriale „Status quo“-Politik scheint es sich jedenfalls nicht zu handeln. Damit und wegen der inneren strukturellen Schwächen des neuen russischen Staates, der riskanten nuklearen und militärischen Erbmasse der Sowjetunion mit noch immer um die 25 000 nuklearen Sprengladungen im Zustand fortschreitenden Zerfalls, der Vorräte an und Fabrikationsanlagen für chemische Kampfstoffe und der noch vorhandenen Raketen verschiedener Reichweite samt dem Entwicklungs- und Produktionspotenzials blieb Russland auch um die Jahrtausendwende ein nicht wirklich kalkulierbarer internationaler Risikofaktor. Die weitere Entwicklung bleibt offen.

**Viertens** trifft das für die Zeitspanne 1999 bis 2001 auch auf China zu. Die chinesische Rüstung ist noch immer ein eher langfristiges als ein aktuelles Problem der internationalen Sicherheit. Doch kann angesichts der in Peking regierungsamtlich geplanten Steigerung des Verteidigungsaufwands zur Modernisierung verkleinerter Streitkräfte und der nuklearen Abschreckung mit mehr operativer Flexibilität, Reichweite und einer breiteren Dislozierung bei einer Konzentration von Offensivkräften einschließlich Raketenstellungen gegenüber Taiwan und einem neuen Rüstungsschwerpunkt für maritime Machtentfaltung als strategische Vorfeldkontrolle über die Randmeere und deren Luftraum mit einer Flotte über den Küstenschutz hinaus und zunächst vor allem landgestützten Seeluftstreitkräften größerer Reichweite nicht mit einer rein defensiven chinesischen Sicherheitspolitik gerechnet werden. Andererseits war 1999 bis 2001 eine offensive Spitze über die Randmeere hinaus noch nicht vorgetrieben, sondern allenfalls im Ansatz erkennbar. Eine akute Bedrohung der Nachbarn ging von China mit der einen, allerdings bedeutsamen Ausnahme Taiwan nicht aus, wobei das Bedrohungspotential gegenüber Taiwan sehr wohl nur als Abschreckung einer auf dauernde staatliche Unabhängigkeit von der Volksrepublik zielende Politik in Taipeh aufgebaut und angereichert werden mag. Doch bestand um die Jahrtausendwende kein ernsthafter Zweifel an der Wahrnehmung einer möglichen künftigen Bedrohung durch China in mehreren Ländern Südasiens, nicht nur in Taiwan, und an einem wachsenden Interesse an der Fortdauer der Machtpräsenz der USA in der Region als Gegengewicht und zur Abschirmung gegenüber China.

**Fünftens** wollen China, Indien und Pakistan mit ihren Rüstungsanstrengungen der amerikanischen Seemacht entgegenkreuzen, um ihr nicht die Kontrolle zu überlassen: mit Nuklearwaffen und Raketen großer Reichweite, dazu auch mit Flottenrüstung für Flugzeugträger (zunächst durch Kauf älterer ex-sowjetischer wie der „Minsk“ durch China), moderne U-Boote und Lenkwaffen-Kampfschiffe mit dem erklärten Ziel, die Küstenmeere und darüber hinaus maritime Interessengebiete – für Indien nach Aussage seines Außenministers bis zum Golf wegen der Energie-Ressourcen – zu besetzen und künftig auch zu kontrollieren. Diese Bestrebungen, die an Europa vorbeigehen, aber bei den großen südamerikanischen Küstenländern und in dem von inneren Krisen in seinem Zusammenhalt akut bedrohten Vielinsel-Staat Indonesien schon seit Jahren erste Ansätze zur Nachahmung gefunden haben, begannen um die Jahrtausendwende ein neues, weniger auf Rüstungskontrolle hin angelegtes, diese durch Vereinbarung „zwischen Gleichen“ aber auch

nicht ausschließendes Grundmuster strategischer Konkurrenzen regional und in der Tendenz global vorzuzeichnen. Die Positionen, die China, Indien und Pakistan – nicht miteinander und nicht übereinstimmend – in den letzten Jahren zum Kernwaffensperrvertrag (Non Proliferation Treaty – NPT), zur nuklearen Abrüstung und zur Begrenzung der Kernwaffenarsenale, zu Kernwaffenversuchen und zur Entwicklung von Raketen größerer Reichweite wie zu deren Export eingenommen haben, lassen sich weder mit den Interessen der alten, von internationaler nuklearer Rüstungskontrolle nach dem NPT in ihrer Rüstungssouveränität privilegierten Nuklearmächte, noch mit der exklusiven Bilateralität der SALT/START-Paritäten für die strategischen Nuklearwaffenarsenale im Verhältnis USA/Russland vereinbaren. Dies ist 1999 bis 2000 sowohl in Peking als auch in Neu-Delhi und in Islamabad deutlich genug geworden, aber implizit auch im Verhalten Nordkoreas als einem Land an der Schwelle zu einer verdeckten Atomrüstung bei Bruch des NPT. Dasselbe trifft seit 1990 auf den Irak und nach amerikanischer Ansicht auf den Iran zu.

Die Stabilität des internationalen Nuklear-Regimes ist damit 1999 bis 2001 weiter erschüttert und brüchig geworden wie das umfassende Verbot von Entwicklung, Herstellung und Besitz chemischer und anderer toxischer Kampfstoffe oder wie die vereinbarten Beschränkungen der Weitergabe von Raketentechnologie, ein Dauerthema von Verhandlungen und politischen Kontroversen zwischen Washington und Moskau wie zwischen Washington und Peking.

Nordkorea war auch 1999 bis 2000 nur Symbol der mehr oder weniger verdeckten Umgehung solcher Verträge und Vereinbarungen, aber nicht der einzige Proliferateur. Israel ist als nicht-erklärter Kernwaffenstaat außerhalb des NPT-Regimes und Inhaber weitreichender Raketen wie Kampfflugzeugen als Kernwaffenträger mit einem den gesamten Mittleren Osten bis nach Nordafrika abdeckenden Angriffsradius ohnehin privilegiert durch seine besondere Beziehung zu den USA, die es politisch abschirmen und rüstungstechnisch wie finanziell unterstützen. Für den Iran, den Irak und alle anderen größeren arabischen Staaten ist das israelische Beispiel, wie sich 1999 bis 2001 in der Debatte über regionale Sicherheit und Frieden mit Israel in Damaskus, aber auch im nach Westen gewandten Kairo wieder zeigte, eine ständige Herausforderung, die vor allem Saddam Hussein in Bagdad mit seinem panarabischen Führungsanspruch in der Wirkung auf die arabischen Volksmassen nützt – eine zwar unwägbare, aber riskante psychologische Größe der labilen arabischen Politik im Zustand der offenen Feindseligkeit gegenüber Israel bei einer sich 1999 bis 2001 deutlich ausbreitenden anti-amerikanischen Stimmung.

**Sechstens** ist diese Problematik mit dem akuten Konflikt über Palästina verbunden. Die Perzeption Israels als nuklear gerüstete und militärisch wie technologisch dominante Regionalmacht unter dem Schutz der USA in der arabischen Welt trägt erheblich zum Feindbild Israel und zur Verhärtung der politischen Opposition gegen ein politisches Arrangement mit dem jüdischen Staat in Palästina bei. Doch die Krisenentwicklung vom Frühjahr 1999 bis zum Frühjahr 2001 mit den beiden israelischen Premierminister- und Parlamentswahlen (Netanjahu zu Barak und Barak zu Scharon) hat mit ihrer Dynamik die destruktive Spirale der Gewalt hochschnellen und eine im März 2001 nicht länger politisch kontrollierte Konfrontation entstehen lassen. Dadurch wurden in der kurzen Zeit von etwa 18 Monaten die Grundlagen für einen Friedensschluss, die seit 1993 bei amerikanischer Vermittlung gelegt worden waren, wie durch ein Erdbeben verworfen und psychisch verschüttet. Diese fundamentale Veränderung mit der „Al Aksa-Intifada“ der palästinensischen Nationalisten und Islamisten seit September 2000 nach dem provokanten, jedoch keineswegs von der „Esplanade der Moscheen“ auf dem Tempelberg besitzergreifenden Visite Scharons an der „Heiligen Stätte des Islam“ am 28. September zerriss auch alle Pläne der Diplomatie einschließlich der letzten Vermittlungsversuche durch Präsident Clinton Ende Dezember 2000 in der Schlussphase seiner zweiten Regierungszeit schon nach der Präsidentenwahl. Es handelte

sich dabei mit Abstand um die gefährlichste und dramatischste internationale Kurzzeitentwicklung und um eine akute Krise großen Eskalationspotenzials bei massiven Konfrontationsrisiken, selbst wenn man noch nicht von einem „Krieg der israelischen Armee gegen die arabische Bevölkerung Palästinas und die Autonomiebehörde“ – so Yassir Arafat in diversen Erklärungen – sprechen konnte.

Die „Al Aksa-Intifada“ als Ereignis, das in eine anhaltende Krise übergang und die Lage in Palästina durch die revolutionäre Dynamik der arabischen Rebellion gegen die israelische Besatzung des größten Teils des Westjordanlandes und der Hälfte des Gaza-Streifens in nur wenigen Monaten von Grund auf veränderte, dabei die Gefährdung der Existenz Israels in einer feindlichen arabischen Umwelt auch ohne Krieg mit arabischen Staaten, ja mehr noch als durch Krieg gegen eine arabische Koalition, offen legte, schloss die letzte Verhandlung zwischen den Kontrahenten im Dezember 2000 über einen Kompromissvorschlag des scheidenden Präsidenten Clinton auf der Basis des Diskussionsstandes zwischen Arafat und Barak unter Clintons Patronat im Juli 2000 in Camp David ein. Clinton hatte den Text als Resümee seiner Bilanz der Juli-Verhandlung und der Diskussionen seither über die strittigen Punkte formuliert und, sozusagen als Vermächtnis seiner erfolglosen Vermittlung und letzte Chance, noch vor den israelischen Wahlen zu einer Rahmenübereinkunft über das Wesentliche für einen Vertrag zu kommen, vorgelegt. Doch konnte er auf diese Weise weder die künftige israelische Regierung noch die Knesset nach deren Neuwahl, selbst wenn Barak wiedergewählt worden wäre, oder die Palästinenser damit binden, auch wenn beide Seiten das Papier noch vor der Wahl angenommen hätten. Die Intifada-Unruhen und die zunehmenden Terrorakte gegen Israeli seit Oktober 2000 hatten eine Situation herbeigeführt, in der aussichtsreiche Verhandlungen nicht mehr möglich waren, solange nicht neue Ereignisse neue Tatsachen geschaffen hätten.

Tatsächlich waren alle Zwischenergebnisse und Ansätze der Verhandlungen seit Mitte 1999 mit der Regierung Barak Ende Dezember 2000 von den Ereignissen und der politischen Entwicklung in Israel überholt, und es blieb ungewiss, ob sie später je wieder für ein Abkommen mit der Palästinensischen Autonomiebehörde genutzt werden könnten. Barak hatte nach den Ende Mai 2000 in Stockholm gescheiterten Geheimverhandlungen bei Präsident Clinton mit der Ankündigung neuer Vorschläge Israels für einen territorialen Kompromiss auf ein Gipfeltreffen unter Clintons Patronat in den USA gedrängt. Er hatte sich eine offensive Verhandlungsstrategie des „Durchbruchs“ zu einem definitiven Abkommen statt der Fortsetzung des stets prekären und durch Provokation und Terroranschläge extrem verletzlichen „Friedensprozesses“ vorgenommen. Das Vorgehen von Etappe zu Etappe brachte zu viele Unsicherheitsmomente des Übergangs bei zu geringen Fortschritten mit sich und erlaubte Störungen an jedem Halt, wie sich nach Netanjahus Hebron-Abkommen wieder gezeigt hatte. Barak war als Militär auf Offensive zur schnellen Entscheidung geschult und mental indoktriniert wie alle anderen israelischen Offiziere auch; er hatte damit in seiner Karriere stets Erfolg gehabt und war an die Spitze der Militärhierarchie als Generalstabschef gelangt. Dabei war er keineswegs von Ungeduld getrieben. Bei seinem ersten Zusammentreffen mit Arafat nach der Wahl 1999 schlug er dem PLO-Chef die Verhandlung über das „Endstatut“ (Barak) ohne weitere Etappen und damit auch ohne weitere Rückgabe von Teilgebieten unter israelischer Besatzung an die Autonomiebehörde vor. Er hatte erkannt, dass die in die Länge gezogenen Verhandlungen nicht unbedingt zum Vorteil Israels geraten müssten, weil die Zeit in der Politik nicht immer nur für eine Seite spielt, sondern dass Arafat und die PLO-Führung die Zeit nutzten, um sich im Autonomiegebiet fest einzurichten, ohne Anstrengungen zu machen, die mit der israelischen Besatzung immer ungeduldiger werdende palästinensische Bevölkerung darüber aufzuklären, dass ein eigener Staat und Frieden mit Israel durch Gegenleistungen erkaufte werden müssten. Gleichzeitig sah Barak wie sein Amtsvorgänger Netanjahu die fortschreitende kleine Aufrüstung der PLO-Polizei mit

mittelschweren Waffen und die zunehmende Militanz der politischen Organisationen der Palästinenser im Autonomiegebiet, während die PLO-Polizei gegenüber dem radikalen nationalistischen und islamistischen Untergrund entweder untätig blieb oder mit vereinzelt, stets von israelischer Seite erzwungenen Aktionen keine durchschlagende Wirkung hatte. Er war im Frühjahr 2000 zu dem Schluss gekommen, dass diese Entwicklung einseitig zum Nachteil Israels verlaufen würde und deshalb schnell beendet werden müsste. Er hatte dabei auch eine Radikalisierung der jüdischen Siedler im Autonomiegebiet zu fürchten und konnte nicht mit einer Verhinderung von Terroranschlägen rechnen. Schon ein Jahr vor seiner Wahl hatte Barak seine Ansicht ausgesprochen, dass Israeli und Palästinenser physisch getrennt werden müssten, um nebeneinander einigermaßen friedlich leben zu können. Dies bedeutete eine klare Abgrenzung und damit die Aufgabe eines großen Teils der jüdischen Siedlungen im Autonomiegebiet, das kein bunt gesprenkelter Flickenteppich bleiben könnte, wenn ein palästinensischer Staat geschaffen werden sollte, was Barak für unausweichlich und im israelischen Interesse für vorteilhaft hielt.

Die Palästinenser müssten aber als Gegenleistung ein erweitertes israelisches Gross-Jerusalem als Teil des israelischen Staatsgebietes und die Grenze von 1967 im Westen der Hauptstadt bei Einschließung mehrerer arabischer Orte in Israel hinnehmen, dazu eine militärische Sicherheitslinie Israels am Jordan mit Übergängen unter israelischer Kontrolle. Die territoriale Vergrößerung Israels würde bedeuten, dass das arabische Palästina 84 Prozent Westjordanien und 100 Prozent des Gaza-Streifens umfassen würde. Diesen Plan lehnten die PLO-Unterhändler in der Verhandlung vom 11. bis zum 25. Juli 2000 in Camp David ab, worauf die israelischen noch einmal 5 Prozent auf 89 Prozent zugaben, davon sollten 76 Prozent in einem Zug an die Autonomiebehörde übergeben werden und weitere 13 Prozent „nach und nach“. Dies bedeutete, dass insgesamt 11 Prozent des ursprünglich west-jordanischen Gebietes mit den drei großen jüdischen Kolonien bei Jerusalem und einer weiteren Siedlungsgruppe weiter im Norden zu Israel kommen würden. Damit würde das Autonomiegebiet als Grundlage eines künftigen palästinensischen Staates nördlich und südlich Jerusalems geteilt und mit dem Gaza-Streifen insgesamt aus drei voneinander getrennten Gebieten bestehen. Die 4000 Hektar städtisches Umland, die Israel seit der Eroberung Ostjerusalems im Juni 1967 in die Stadt eingemeindet hat, sollten teils israelisch bleiben, teils den Palästinensern für ihre „Hauptstadt El Kuds“ am Stadtrand auf dem Gebiet des Ortes Abou Dis im Südosten an der Straße nach Bethlehem zurückgegeben werden. Schließlich gab Barak in der Endphase in Camp David noch den Zugang zu den Moscheen auf dem Tempelberg für eine palästinensische Verwaltung, ohne das Wort „Souveränität“ zu gebrauchen und mit dem Vorbehalt, dass die arabische Zuständigkeit nur auf der Oberfläche des Berges gelte, nicht aber im Bergmassiv selber und hinunter zur jüdischen Klagemauer. Der arabisch bewohnte Teil Ostjerusalems wäre damit praktisch unter palästinensische Verwaltung und Polizeigewalt gekommen einschließlich der Heiligen Stätten des Christentums. Arafat lehnte trotz Clintons Drängen ab: Er wollte auf eine Parzelle „Souveränität in Jerusalem“ nicht verzichten. Damit war der „Durchbruchs“-Versuch Baraks gescheitert. Die letzten Sommermonate brachten keine Veränderung der Verhandlungslage mehr, bis die „Al Aksa-Intifada“ nach dem 28. September alle Wege zur Einigung verschüttete.

Die nationalistische Opposition gegen Baraks Verhandlungspolitik und die Konzessionen, die er angeboten oder angedeutet hatte, um einen definitiven Status mit den Palästinensern zu vereinbaren, sowie die Rivalitäten in seiner Regierungskoalition inklusive in seiner eigenen Partei mit der Kritik an seiner Regierungsweise hatten Barak im Laufe des Jahres innenpolitisch mehr und mehr isoliert und in seiner Politik gegenüber den Palästinensern blockiert. Der rapide Verfall der Autorität des Premierministers und die schrittweise Auflösung seiner Regierung bis zum Votum der Knesset für Neuwahlen im Februar 2001, das ihm die Parlamentsmehrheit entzog, und dem Rücktritt Baraks, der als Regierungschef nur

noch die laufenden Geschäfte und seinen Wahlkampf als in den eigenen Rängen umstrittener Kandidat seiner Partei ohne Aussicht auf Erfolg führen konnte, beendeten faktisch die Verhandlungen mit Arafat und der PLO auch ohne die „Auszeit“, die Barak zuvor wegen der anhaltenden blutigen Unruhen und Terroranschläge mit schon mehr als 300 Todesopfern zum Jahreswechsel verkündet hatte. Erst nach der Wahl in Israel vom 6. Februar 2001 wurden die Karten neu gemischt und verteilt, sodass die letzten Wochen um den Jahreswechsel nur noch mit Wahlkampf gefüllt waren. Für Arafat und die PLO-Führung bedeutete dieser Übergangszustand zunächst einmal Zeitgewinn im Warten auf die neue US-Regierung, die etwa zeitgleich mit der neuen israelischen Regierung ins Amt kam, bei Aufrechterhaltung des Drucks von der Straße im besetzten Gebiet auf Israel und ohne eine politische Neuorientierung in Aussicht nehmen zu müssen. Die Lageentwicklung nach der triumphalen Wahl des Likud-Führers Ariel Sharon zum Premierminister und das knappe Resultat der Knesset-Wahl, das zu einer Großen Koalition zwischen Likud und Arbeitspartei plus einiger kleinerer Parlamentsfraktionen zwang, bestätigten dies. Die Krise verschärfte sich weiter mit blutigen Straßenunruhen, gegenseitiger Beschießung mit schweren Waffen, israelischen Angriffen auf die Leibwache Arafats und das Hauptquartier seiner politischen Organisation „El Fatah“, Kern der PLO, und neuen Terroranschlägen durch islamistische Freitod-Täter der „ Hamas“ und des „Islami Dji had“, sodass Ende März 2001 nach nur vierwöchiger Regierung Sharons sich der blutige Ausnahmezustand in Palästina verfestigt hatte. Zunächst konnte nicht wieder über Frieden, Grenzen, Flüchtlingsheimkehr und Siedler verhandelt werden, sondern nur über die Wiederaufnahme der Kooperation zwischen den Sicherheitskräften beider Seiten, wozu sie die Bush-Regierung durch ihren Außenminister Colin Powell auf dessen erster Nahostreise nachdrücklich aufforderte, ohne einen neuen amerikanischen Vermittlungsversuch anzubieten. Präsident Bush stellte zunächst nur Hilfe für den Fall einer Einigung auf gemeinsame Sicherheit und neue Verhandlungen in Aussicht. Es war klar, dass die Camp David-Methode Präsident Clintons gescheitert und der Versuch Baraks fehlgeschlagen war, den „Durchbruch“ zu einem „definitiven“ Statusabkommen ohne weitere Etappen mit Rückgabe weiterer Gebietsteile an die Autonomiebehörde in einer Gipfelkonferenz bei amerikanischer Vermittlung zu erzwingen. Dieser doppelte Misserfolg zweier Politiken hatte mehrere, miteinander verbundene, aber in ihrem Kausalzusammenhang noch nicht vollkommen aufgeklärte Gründe: Arafats Widerstand gegen den von Barak im Juli 2000 angebotenen Kompromiss und gegen Clintons Drängen, die eigene Zwangslage des PLO-Präsidenten im palästinensischen Lager gegenüber stärker werdenden Kräften des nationalistischen und islamistischen Untergrunds, der Kritik und Rivalitäten in der PLO selber ausgesetzt, Zeitmangel für die amerikanische Vermittlung zwischen Juli und Dezember, schließlich die Provokation Sharons am 28. September 2000 auf der „Esplanade der Moscheen“ in Jerusalem und die von Arafat selber orchestrierten extremen Reaktionen der Palästinenser mit deren Eskalation in einen anhaltenden, wenngleich von der israelischen Armee eingedämmten Aufstand gegen die israelische Besatzungsmacht im Autonomiegebiet mit Terroranschlägen gegen die bei den Arabern verhassten jüdischen Siedler auf arabischem Boden.

**Siebtens** beobachten wir eine gegensätzliche Entwicklung des jugoslawischen Zerfallskonflikts und der Situation auf dem Balkan insgesamt seit dem Ende des Kosovo-Krieges mit der zunehmenden Verantwortung der NATO und der EU im ehemaligen Jugoslawien und für Südosteuropa als Ganzes in dessen Hinwendung zum euro-atlantischen Bündnis- und Sicherheitssystem unter amerikanischer Kontrolle bei europäischen Initiativen mit dem „Stabilitätspakt für Südosteuropa“, dem Aufbau ziviler Institutionen und der Einleitung einer Staatsreform in Mazedonien für Gleichberechtigung der mazedonischen Albaner unter dem Druck einer weiteren Krise. Die Anreicherung des balkanischen Krisenpanoramas im Jahre 2000 und im Frühjahr 2001 profilierte die Herausforderung der europäischen Sicherheits- und Ordnungspolitik am Rande der EU wie die Notwendigkeit eines fortdauernden militärischen Engagements der NATO mit ausreichender Truppenpräsenz und einem starken, sichtbaren



und energisch eingesetzten amerikanischen Anteil. Die Ereignisse zwangen den neu gewählten Präsidenten George W. Bush bald nach seiner Amtseinführung zur Überprüfung bestimmter Annahmen und Präferenzen gegenüber der US-Beteiligung an den internationalen Schutztruppen unter NATO-Befehl in Bosnien und im Kosovo, mit denen er im Präsidentschaftswahlkampf hervorgetreten war, um das militärische Engagement seines Landes auf dem Balkan und künftig generell in überseeischen Krisen und Konflikten, jedenfalls dort, wo Verbündete in die Bresche springen könnten, zu verringern. Damit forderte die noch nicht vollkommen beherrschte, geschweige denn politisch beigelegte Balkankrise trotz der insgesamt positiven Entwicklung in Serbien seit der Parlamentswahl die neue US-Regierung bereits in ihrer Formationsphase. Die Verschlechterung der Lage im Randgebiet des Kosovo zu Südserbien im US-Sektor der KFOR und jenseits der Grenze auf serbischem Gebiet zwang schließlich im März/April 2001 zu einer partiellen Revision der westlichen Politik: Um die sich ausbreitende Guerillatätigkeit einer neu gegründeten (oder nur neu in Erscheinung getretenen) „UÇK“ in Südserbien, die vom Kosovo aus unterstützt und verstärkt wurde, einzudämmen, ließ die NATO im Verein mit der UNO serbische Truppen in den im Juni 1999 geräumten Teil des serbischen Gebietes zurückkehren und nahm die Kooperation mit der serbischen Armee dort wieder auf. Das Überborden der Grenzguerilla auf Nordmazedonien im Frühjahr 2001 und eine sich dort sammelnde bewaffnete und gewalttätige albanische Radikalopposition gegen die Regierung in Skopje, die sich gleichfalls „UÇK“ nannte, mit Beschießung der mazedonischen Stadt Tetovo mit albanischer Einwohnermehrheit über die Grenze, die auch die KFOR mit einem deutschen Kontingent in Mitleidenschaft zogen, zwang zu einer besonderen Initiative der EU, der NATO und der UNO für die innere Befriedung Mazedoniens durch eine umfassende Verfassungs- und Verwaltungsreform, also zu einem politischen Engagement zur Veränderung der inneren Zustände in Mazedonien. Diese Steigerung bedeutete eine weitere Festlegung der westlichen Partner auf eine Ordnungspolitik in Südosteuropa, wobei die EU Mazedonien den vorläufigen Status eines „potenziellen Beitrittskandidaten“ zubilligte und eine Finanzhilfe gewährte.

In Serbien selber hatte sich die vorgezeichnete Entwicklung zum Ende des Milošević-Regimes nach den Gemeindewahlen, in denen die Oppositionsparteien in den größeren Städten deutliche Vorsprünge vor den Blockparteien des sozialistischen Regimes gewonnen hatten, beschleunigt. In den September-Wahlen 2000 zum serbischen Parlament und den jugoslawischen Präsidentschaftswahlen siegten die nur lose koalierenden Oppositionsparteien über die Regime-Parteien und ihr Konsenskandidat, der demokratisch-konservative Nationalist Vojislav Kostinica, schlug Milošević schon im ersten Wahlgang klar. Der Versuch des Regimes, die Stimmenmehrheit für Kostinica zu verschleiern, um Milošević die Chance im 2. Wahlgang zu erhalten, provozierte den offenen Ausbruch der seit Jahren schwelenden und von der Niederlage im Kosovo-Krieg auf die Spitze getriebenen Staatskrise bei einer ruinieren Wirtschaft und Massenarbeitslosigkeit mit schweren Versorgungsmängeln. In einer zunächst aus friedlichen Massendemonstrationen entstandenen Revolution, die am Ende zu Gewaltausbrüchen in Belgrad mit der Besetzung des Parlaments und des staatlichen Fernsehens durch Anhänger der Oppositionsparteien führte, wurde Milošević zur Anerkennung des wirklichen Wahlergebnisses und dazu gezwungen, Kostinica das Präsidentenamt zu übergeben. Das Regime erlitt vom 10. bis 12. Oktober 2000 einen Kollaps, nachdem Kostinica zum Wahlboykott aufgerufen und die Opposition die Beendigung der Präsidentschaft des abgewählten Milošević erklärt hatte. Schließlich musste der Präsident sich zu einer Kapitulation entschließen, die einen gewaltlosen Übergang der Staatsgewalt bei Gehorsam der Armee und Polizei gegenüber dem gewählten Präsidenten und dessen Regierung einleitete.

Das Ende der Diktatur Miloševićs ebnete den Weg für eine Rückkehr Serbiens in die Staatengemeinschaft und für eine erste Annäherung an die EU, die Jugoslawien sofort nach dem Sturz Miloševićs eine Art Demokratisierungs-Prämie in Höhe von 300 Millionen US-

Dollar gewährte und die schon 1999 angekündigte Beteiligung am „Stabilitätspakt für Südosteuropa“ bestätigte. Doch die Komplikationen im Kosovo unter der KFOR-Obhut in NATO-Regie mit einer vorläufigen UN-Verwaltung dauerten an. Zwar war es der KFOR noch 1999 rechtzeitig vor Winteranbruch gelungen, die Rückkehr von rund 750 000 Flüchtlingen über die Grenzen in ihre Heimat zu sichern und diese Rückwanderung aus den Nachbarländern setzte sich im Laufe des Jahres 2000 fort, doch die angestrebte Befriedung zwischen Albanern und Serben im Kosovo trat nicht ein. In Bosnien-Herzegowina blieb trotz der korrekt verlaufenen Gemeindewahlen die friedliche Koexistenz zwischen den Bevölkerungsgruppen noch immer an der Oberfläche und auch dort nur in Fragmenten: Die Rückkehr der Flüchtlinge verzögerte sich, und die Heimkehrer fanden ihre Heimorte und ihre Häuser oder Wohnungen, soweit diese den Krieg überstanden hatten, oft von anderen Flüchtlingen, zumeist serbischen Familien, besetzt. Trotz humanitärer, sozial-caritativer und wirtschaftlicher Hilfswerke, trotz der EU-Unterstützung und der Arbeit der OSZE wie der UNO mit dem Flüchtlingshilfswerk kam der zivil-administrative und politische Aufbau nur langsam und mit Rückschlägen voran, auch wegen der fortbestehenden, wenngleich weitgehend entwaffneten alten Bürgerkriegslager. Insgesamt wurde 1999 bis 2001 in Bosnien wie im Kosovo wieder deutlich, dass „peace building“ und „peace consolidation“ sehr viel schwieriger und langsamer vorangehen als „peace enforcement“ durch Anwendung von bewaffneter Gewalt und militärische Besetzung – eine herbe Lehre für die Regierungen, die Verlass auf Waffen nur als „ultima ratio“, als „letztes Mittel“ in Aussicht genommen und immer wieder auf „weiche Sicherheit“ durch „präventive Diplomatie“ und „Dialog“ zwischen den Gegnern gesetzt haben. Für Westeuropa und die EU war damit unverkennbar geworden, dass die im Juni 1999 in Köln eingeleitete, im Dezember 1999 in Helsinki und danach im Jahre 2000 in Nizza fortgesetzte Kräftekonzentration nach den vereinbarten Konventionen über eine „Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ zugleich notwendig, vor allem gegenüber der Bündnisführungsmacht USA, und unzureichend ist, außerdem in der Gefahr, die falsche Richtung zu nehmen und dadurch die atlantische Allianz nicht zu stärken, sondern militärisch durch Abzweigung kostbarer und rarer Kräfte ohne eine klar definierbare Aufgabe des „peace support“ mit militärischen Mitteln und ohne Mitwirkung der USA und also außerhalb des NATO-Rahmens zu schwächen. Dass eine selbstständige Militäraktion der WEU in Bosnien 1995 möglich und erfolgreich gewesen wäre, ist höchst unwahrscheinlich. Dasselbe gilt für den Kosovo-Konflikt: In beiden Fällen war die aktive militärische Mitwirkung der USA und also der NATO-Rahmen samt den NATO-Mitteln nötig und ohne reale militärische wie politische Alternative. Es gab keine „europäische Alternative“.

Welche „contingencies“ oder Einsatzfälle für rein europäische Krisenbeherrschung mit Truppen sind also nach den Erfahrungen gerade der Zeit 1999 bis 2001 auf dem Balkan (in Fortsetzung der Erfahrungen der Zeit zwischen 1991 und 1995) für unabhängige europäische Militäraktionen mit einer Eingreiftruppe von bis zu 60 000 Soldaten, 400 Kampflugzeugen und 50 bis 60 Kriegsschiffen vorstellbar? Weder die Außenminister noch die Verteidigungsminister der EU-Partner haben seit Juni 1999 öffentlich Hinweise auf realistische Antworten für praktische Optionen mit verfügbaren Truppen über die „Petersberg-Aufgaben“ der WEU von 1992 hinaus gegeben. Diese Zurückhaltung lässt darauf schließen, dass zunächst vor allem das leichte Ende dieses Einsatz-„Spektrums“, also der Einsatz kleiner Kontingente für „peace keeping“, „humanitäre“ Aktionen mit militärischen Mitteln und militärischer Sicherung, „präventive Truppenstationierung“ als Mittel „präventiver Diplomatie“ und Rettung bedrohter Bevölkerungsgruppen aus akuter Gefahr, allerdings nicht in großem Umfang, in Aussicht genommen werden kann. Das schwere Ende wird nach den Erfahrungen 1999 bis 2001 der NATO überlassen bleiben, solange nicht ein EU-Kontingent im UNO-Rahmen neben anderen größeren internationalen Beteiligungen, möglicherweise auf die NATO abgestützt, zweckmäßig eingesetzt werden könnte.

## Fazit zur Jahrtausendwende

Der Rückblick auf die Zeit der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert zeigt in den Ereignissen wie in den längerfristigen Entwicklungen und im allgemeinen Zusammenhang der politischen und strategischen Vorgänge, dass die Zeit der Krisen auch nach der großen Wende zum Ende des Ost-West-Konflikts 1989 bis 1991 nicht zu Ende ist. Eine „Neue Weltordnung“ ist weder in Europa noch im Mittleren Osten oder in Asien erkennbar entstanden, und selbst in Europa ist noch keine „gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur“ für eine Friedensordnung aufgebaut. Alle Konstruktionen und Entwürfe der Diplomatie sind bisher papierne Kunstfiguren geblieben, von Anschauungswert und möglicherweise für die absehbare Zukunft auch von politischem Nutzen. Doch in den Krisen und Konflikten der letzten zwölf Jahre, die an der Jahrtausendwende in Europa, im Fernen Osten mit Nordkorea, aber auch mit einer koreanischen Friedensperspektive unter Einwirkung der USA, Chinas und Russlands, im Mittleren Osten mit den Militäraktionen gegen den Irak, im Nahen Osten mit dem neuen Brand des Konflikts über Palästina, ohnehin in Afrika mit den dortigen verheerenden politischen Buschkriegsbränden kulminierten, hat sich immer wieder aufs Neue erwiesen, dass bei allen Risiken der Eskalation und des Misserfolgs der Eingriffe von außen die Anwendung bewaffneter Gewalt nicht mehr ausgeschlossen, dass oft genug auf ihre Anwendung zur Unterstützung der Politik nicht ohne Gefahr des Scheiterns verzichtet werden kann und dass internationale Organisationen ohne internationale Koalitionen für die Anwendung der Machtmittel, die militärischen eingeschlossen, Krisen und Konflikten gegenüber hilflos sind.

In diesem Kontext ist auch die Kontroverse über eine künftige Flugkörperabwehr, zunächst als Raketenabwehr (National Missile Defense – NMD) zur Abschirmung von Teilen des Territoriums der USA gegen Raketenangriffe geringer Zahl, Dichte und Dauer seitens Staaten mit einem geringen, aber wirksamen Angriffspotenzial über interkontinentale Reichweiten und dann als überregionale Flugkörperabwehr (Theater Missile Defense – TMD) zu sehen, die beweglich auf Schiffen oder in anderen Ländern vorwärts stationiert werden könnte. Damit sollen künftig überseeische Verbündete, Stützpunkte und Streitkräfte der USA, einschließlich Expeditionskorps zur Krisenbeherrschung oder Konfliktintervention, abgeschirmt werden. Zwar sind die technischen Voraussetzungen dafür noch nicht geschaffen, und ist es noch nicht sicher, dass solche Systeme in absehbarer Zukunft operationell erprobt und zuverlässig verfügbar sein werden. Doch ist die Annahme in Peking wie in Moskau offensichtlich, dass dies in den kommenden fünf bis zehn Jahren der Fall sein wird, vielleicht schon früher.

Die internationale Diskussion über dieses Thema begann 1999 mit dem Vorzeichen „Stabilität der strategischen Rüstungskontrolle“ auf der Basis des Moskauer „ABM-Vertrags“ zur engen Beschränkung der strategischen Raketenabwehr<sup>1</sup> und wurde so geführt, als hinge die Fortsetzung der nuklearen Abrüstung und die Erhaltung des NPT von der strikten Einhaltung und unabänderlichen Textbindung dieses alten Vertrags zwischen den USA und der UdSSR ab. Diese Diskussion wurde im Jahre 2000 auf einen ersten Höhepunkt rhetorischer und diplomatischer Eskalation getrieben, vor allem in Paris, wo man offensichtlich um die Bedeutung der kleinen französischen nationalen Abschreckung im internationalen Vergleich und damit um die weitere Relativierung der „unabhängigen“ nuklearen Strategie Frankreichs, mithin um die französische „Großmachtstellung“ fürchtet. Im Frühjahr 2001 begann, zuerst in Berlin vor dem Märzbesuch Bundeskanzler Schröders bei Präsident Bush,

---

1 Der Vertrag verbietet die Abwehr von ballistischen Flugkörpern einer Reichweite von wenigstens 5500 km landgestützt oder jeder Reichweite auf „modernen“, d.h. nach dem Stand von 1972 nuklear-angetriebenen U-Booten.

die De-Eskalation in Europa. Auch in Moskau waren seit dem Sommer 2000 mit zwar in der Sache untauglichen und auch vom Kern ablenkenden russischen Gegenvorschlägen für eine gemeinsame „sub-strategische“ Raketenabwehr in Europa zwischen Russland und den NATO-Staaten erste Vorzeichen einer Besinnung auf die heranwachsenden Realitäten der kommenden Jahrzehnte für die internationale Sicherheit erkennbar geworden.

Für die USA handelt es sich offenkundig nicht um eine neue Schanze für eine „Festung Amerika“, sondern um die Stärkung der eigenen Fähigkeit und Risikobereitschaft zur militärischen Intervention in überseeische Krisen, zu deren Beherrschung und zur Abschirmung amerikanischer Überseeverbündeter, also keineswegs um „decoupling“ oder Abkoppelung der Sicherheit der USA von der Europas oder Asiens, noch um einen Versuch, gegen andere Staaten „Erstschlagfähigkeit“ mit Kernwaffen zu deren Niederwerfung zu gewinnen. Die Clinton-Regierung gab schon seit 1999, vor allem aber seit dem Frühjahr 2000, Russland öffentliche und diplomatische Zusicherungen, dass solche Fähigkeiten im Sinne des „Demarkationsabkommens“ von Helsinki 1997 nicht gegen die russischen strategischen Streitkräfte zur Abschreckung gerichtet oder so angelegt würden. Offen blieb dagegen die Anlage gegenüber China. Apostrophiert wurden in der regierungsamtlichen amerikanischen Argumentation Nordkorea, der Iran und vor allem der Irak, damals noch als „rogue states“ oder „Schurkenstaaten“, seither nach einer Korrektur der Terminologie durch das US State Department als „states of concern“ oder „Besorgnis erregende Staaten“ (auch kurz und falsch „Sorgenstaaten“ genannt). Die USA machten 1999 bis 2000 mehreren Schutzklienten und Verbündeten Vorschläge über regionale TMD: den europäischen Verbündeten in der Nato, Israel, mit dem die Kooperation schon über die Weiterentwicklung nach dem Raketentyp „Patriot II“ vereinbart ist, auch Ägypten und Saudi-Arabien für eine Aufwertung der Flugabwehr, Taiwan für „Aegis“-Flugabwehr-Radaranlagen auf Schiffen, Japan und Südkorea, wobei die genauen Angebote noch offen blieben. Dieses Thema dürfte die internationale Diskussion und die Beziehungen zwischen den Regierungen auch innerhalb der atlantischen Allianz, in den kommenden Jahren als ein Kriterium der internationalen Sicherheit und der Stabilität von Rüstungskontrolle beschäftigen.

Staatssekretär a.D. Prof. Dr. Lothar Rühl  
Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft  
und Europäische Fragen, Universität Köln